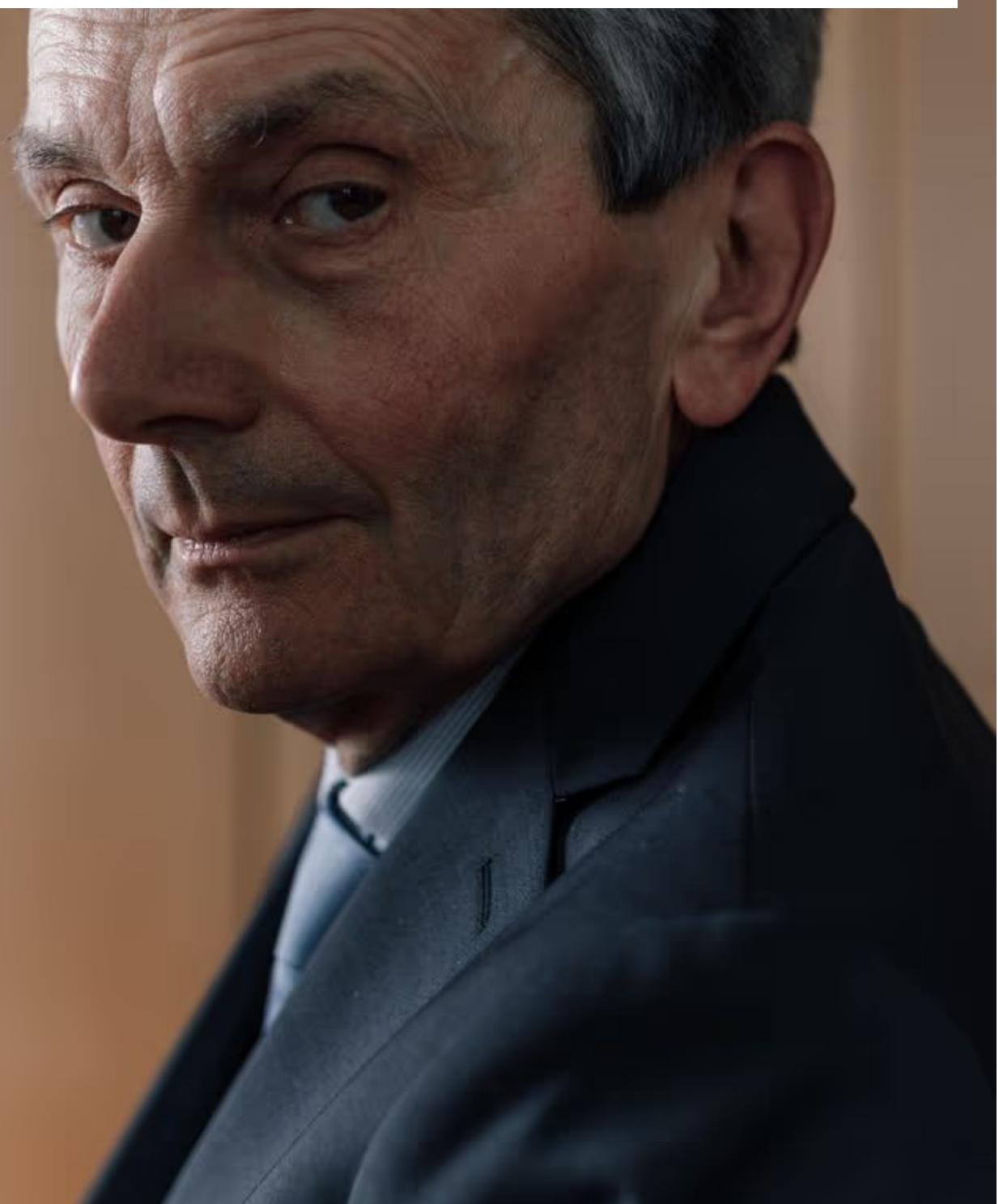




***„Ich bin kein
Russlandversteher“***

Der Fraktionschef der Sozialdemokraten erklärt, warum er glaubt, nichts falsch gemacht zu haben, warum er nun auf China setzt und was der Kanzler getan hat, um einen Atomkrieg zu verhindern.



Interview von Georg Ismar und Nicolas Richter; Fotos: Bartosz Ludwinski

22. März 2024 - 8 Min. Lesezeit

 Artikel verschenken

 E-Mail  Whatsapp  Facebook  Plattform X

Rolf Mützenich wirkt noch dünner als sonst, ihm ist anzusehen, wie er an Krieg, Koalition und Kritik leidet. Am Morgen hat ihm die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Deutschlandfunk Appeasement-Politik vorgeworfen, am Mittag CDU-Chef Friedrich Merz im Bundestag Feigheit. So geht das seit Tagen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende trägt dem Fotografen die Tasche in sein Büro, nimmt Mäntel an, fragt, ob auch jeder gut versorgt sei. Er selbst röhrt den Kuchen nicht an. An der Wand hängt eine Würdigung zum 60. Geburtstag Mützenichs, mit einem etwas modifizierten Spruch von Helmut Schmidt: „Wer Visionen hat, sollte zum Rolf gehen.“

SZ: Herr Mützenich, Sie werden schon als deutscher Chamberlain bezeichnet – der britische Premier, dessen Appeasement-Politik vor dem Zweiten Weltkrieg gescheitert ist.

Rolf Mützenich: Ich habe mit Kritik nicht nur gerechnet, sondern diese auch gewünscht, denn damit verändert sich ja eine Diskussion, die ich bislang zu einseitig finde. Ich habe einerseits hervorgehoben, wie viel Deutschland für die Ukraine tut, militärisch, humanitär, wirtschaftlich – jetzt und nach unserem festen Willen auch in Zukunft. Andererseits wollte ich die Diskussion öffnen, die sich seit zwei Jahren fast ausschließlich um einzelne Waffensysteme dreht. Auch Diplomatie sollte zum Werkzeugkasten gehören. Das Ausmaß der Kritik hat mich allerdings überrascht. Es wirkt wie ein Stöpsel, den man gezogen hat. Und zu Chamberlain: Ich glau-

be, dass historische Herleitungen nur selten der aktuellen Debatte gerecht werden. Jede Zeit braucht ihre Antworten.

Sie haben im Bundestag gesagt, dass man darüber nachdenken müsse, den Krieg in der Ukraine „einzufrieren“. Das erinnert schon an Chamberlain, der einen Diktator durch Konzessionen besänftigen wollte.

Was genau haben Sie gemeint?

Da sehen Sie schon, wie falsch dieser Vergleich ist: Ich habe weder von Konzessionen noch von Besänftigen gesprochen. Wir erleben derzeit einen enorm opferreichen Stellungskrieg auf einem sehr eng begrenzten Kriegsschauplatz. Militärexperten sprechen von einer Situation, die an die Grabenkämpfe an der Westfront im Ersten Weltkrieg erinnert. Ich möchte jenseits des Militärischen auch darüber reden, wie man mit Diplomatie helfen kann. Wie man lokale Waffenruhen erreicht, humanitäre Feuerpausen und Ähnliches, das irgendwann zu einer Abwesenheit militärischer Gewalt führt. Es gibt Beispiele für eingefrorene Konflikte: Korea, Südossetien und in Europa: Zypern. Warum soll man das also nicht aussprechen?

„Der Begriff „Einfrieren“ bedeutet ja gerade, dass nichts endgültig entschieden ist.“

Wladimir Putin ist an der Front im Vorteil, während im Westen die Ukraine-Unterstützung bröckelt. Warum sollte er sich darauf einlassen?

Zurzeit deutet nichts darauf hin, dass Putin bereit ist, von sich aus die Gewalt zu stoppen, geschweige denn zu Gesprächen. Trotzdem sollten wir nicht in dem Versuch nachlassen, ihn dazu zu bewegen. Chancen muss man erarbeiten und am besten nicht anderen überlassen. Immerhin hat es ja bereits diplomatische Initiativen gegeben. Gefangenenaustausche oder das Getreideabkommen sind nichts anderes als Diplomatie. Aber Putin

scheint an Vermittlungsversuchen derzeit kein Interesse zu haben. Vielleicht auch deswegen, weil sich noch nicht genügend einflussreiche Entscheider und Regierungen engagieren. Auf keinen Fall darf es einen russischen Diktatfrieden geben. Wer mir unterstellt, ich stellte Diplomatie über das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine, versteht meine Worte absichtlich falsch. Das ändert jedoch nichts daran, dass man über mögliche Lösungswege abseits des Schlachtfelds doch zumindest nachdenken und dann reden könnte. Auch ich habe nicht den Schlüssel für eine Lösung.

Das einzige Land, das Einfluss auf Putin ausüben kann, ist China.

China hat sicher den größten Einfluss auf Putin und hat dem Aggressor ja auch bereits zu verstehen gegeben, dass mit Atomwaffen nicht gedroht werden sollte und dass sie auch nicht zum Einsatz kommen dürfen. Das hat die chinesische Regierung übrigens erklärt, nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz in Peking war und dort auf diese Klarstellung gedrängt hatte. Wir waren vermutlich im Herbst 2022 nahe an einer Katastrophe. Russland soll damals unter dem Eindruck des ukrainischen Vormarsches erwogen haben, taktische Atomwaffen einzusetzen. Derzeit hat China noch ein Interesse daran, diesen Krieg laufen zu lassen, weil die USA in den Konflikt verwickelt sind und dies in der hegemonialen Auseinandersetzung die USA bindet. Aber vielleicht hat China nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen irgendwann wieder ein Interesse an größerer Stabilität in Europa. Und diesen Augenblick zu nutzen und darauf vorbereitet zu sein, das ist auch die Kunst der Diplomatie.

Bedeutet Ihr Begriff „Einfrieren“ nicht, dass die Ukraine die östlichen Landesteile sowie die Krim aufgeben soll?

Nein. Der Begriff „Einfrieren“ bedeutet ja gerade, dass nichts endgültig entschieden ist. Sondern dass man erst einmal verhandelt. Ja, ich weiß, Putin ist momentan dazu nicht bereit. Aber Kriege enden eben nur selten auf dem Schlachtfeld. Darauf wollte ich hinweisen.

ANZEIGE



Also in Korea oder in Zypern haben sich durch das Einfrieren harte Grenzen manifestiert – und die Ukraine bräuchte für einen Schutz gegen erneute russische Angriffe viel mehr Waffen und womöglich sogar westliche Truppen als Garantie.

In diesen Fällen mögen sich Grenzen manifestiert haben, aber diese sind weder international anerkannt, noch gibt es einen Friedensvertrag. Die Ukraine behält natürlich auch dann unsere volle Unterstützung bei der Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität. Sollte es irgendwann zu einer Einstellung der Kampfhandlungen in der Ukraine kommen, dann heißt das weder, dass wir aufhören werden, der Ukraine zu helfen. Noch dürfen wir nachlassen, für die Verteidigungsfähigkeit, ihre Staatlichkeit und wirtschaftliche Stärke Außerordentliches zu leisten. Und genau das Gleiche müssen wir für Deutschland und für Europa tun. Das sind gewaltige Kraftanstrengungen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen werden. Darüber müssen wir uns klar werden.

Aber der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wurde ja schon einmal eingefroren – nach der russischen Annexion der Krim 2014. Daraufhin herrschte eine Weile Ruhe, die Putin nur dazu nutzte, um noch stärker zuzuschlagen.

Weil wir nach 2014 der Ukraine zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet ha-

ben. Diesen Fehler dürfen wir nicht noch einmal machen.

Aber warum sollte man über all diese Fragen reden, während der Krieg noch tobt und der Aggressor vorankommt? Sollte man nicht erst mal die Ukraine so stärken, dass sie mehr zurückgewinnt?

Das eine schließt das andere doch nicht aus. Gerade weil wir nach den USA der zweitgrößte militärische Unterstützer der Ukraine sind, haben wir die Pflicht, darüber zu reden, was wir noch tun können – jenseits des Militärischen. Wir müssen neben der massiven Unterstützung der Ukraine zugleich alles bedenken und anstoßen, was wir können, damit dieser Krieg irgendwann zu einem Ende kommt. Und das wird er wahrscheinlich nur abseits des Schlachtfelds.



Sie haben die Gefahr eines Atomkriegs erwähnt, auch der Kanzler

warnt zuweilen vor dem Dritten Weltkrieg. Schüren Sie damit nicht Angst in der Bevölkerung?

Nein, wir machen den Menschen keine Angst. Aber die Menschen machen sich zu Recht Sorgen, sie wissen um die atomare Gefahr, und sie schätzen es, dass der Bundeskanzler diese ernst nimmt.

Entspringt die Idee des eingefrorenen Konflikts der alten und irrigen SPD-Vorstellung, dass man sich mit Russland irgendwie doch arrangieren kann?

Dieser Vorwurf ist wirklich ermüdend. Ich bin kein Russlandversteher, auch wenn es manche gebetsmühlenartig wiederholen. Ich habe bereits als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses von 2002 bis 2013 erleben müssen, dass es äußerst frustrierend und desillusionierend ist, mit Putins Russland über Abrüstung, Rüstungskontrolle oder gar die Lösung von Konflikten zu sprechen. Putin hat nicht nur die Rechte der Ukraine und die UN-Charta verletzt, sondern sich auch gegenüber seinem eigenen Land schuldig gemacht. Das Ergebnis seines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges sind Hunderttausende von Toten und eine fehlende wirtschaftliche Perspektive für Russland, das er zur Kriegswirtschaft umgebaut hat.

Kanzler Scholz nennt als Bedingung für einen Frieden, dass Putin Truppen zurückzieht.

Genau richtig. Es gibt da etliche Modelle, demilitarisierte Zonen zum Beispiel oder den Einsatz von bewaffneten Blauhelmsoldaten, die dazu beitragen, das Abkommen zu überwachen, und als Sicherheitsgaranten fungieren.

Müsste Putin nicht die ganze Ukraine räumen, auch die Krim?

Russland darf keinen Erfolg haben mit seiner Aggression. Die Ukraine hat den Anspruch auf die volle Souveränität und territoriale Integrität ihres Landes. Welche Schlussfolgerungen die Ukraine daraus zieht, ist zuerst ih-

re Angelegenheit.

Sie selbst haben einst über atomwaffenfreie Zonen promoviert, jetzt fordert ihre Europa-Spitzenkandidatin Katarina Barley Initiativen in Richtung einer europäischen Atombombe, sollte nach einer Wahl Donald Trumps der Schutz durch die USA infrage stehen.

Grundsätzlich finde ich, dass Atomwaffen unser Leben nicht sicherer machen. Am Ende wird eine Welt nur sicherer, wenn alle Atomwaffen aus ihr verschwunden sind.

„Prozentzahlen allein sagen nichts darüber aus, ob ein Land verteidigungsfähig oder stark ist.“

Hätte die Ukraine ihre Atomwaffen nicht im Budapester Memorandum abgegeben, hätte Russland nicht angegriffen.

Das waren Atomwaffen der früheren Sowjetunion. Russland hätte niemals den Zugriff darauf abgegeben, auch wenn sie in der Ukraine stationiert geblieben wären. Und wenn Sie diese These weiterdenken, dann bräuchte jedes Land Atomwaffen, um seine territoriale Integrität zu sichern. Wollen Sie das?

Müsste sich Deutschland für einen möglichen Rückzug der USA rüsten, indem es enger mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien kooperiert?

Wir müssen sicherheitspolitisch in Europa enger zusammenrücken. Das betrifft eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Rüstungspolitik sowie Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe. Dazu gehört auch, dass Frankreich und Großbritannien ihre Atomwaffen einbringen. Aber ich glaube auch, dass Europa für die USA zu wichtig ist, um es aufzugeben. Eine Welt-

macht wie die USA verzichtet nicht einfach auf Einfluss in und auf Europa, dazu gehört auch die Frage des atomaren Schutzschilds. Auch hier ist mir die Debatte zu absolut.

Müssen wir nicht mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für unsere Sicherheit ausgeben?

Niemand darf uns bedrohen und angreifen können. Dafür müssen wir in die Bundeswehr investieren, aber auch in die Resilienz der Gesellschaft, und das ist mehr als militärische Abwehr. Gleichzeitig dürfen wir nicht das Innere gegen das Äußere ausspielen. Wir müssen auch Familien, Kranke und Kinder unterstützen. Auch das gehört zur Stärke eines Landes.

Also nicht mehr als zwei Prozent für die Bundeswehr?

Prozentzahlen allein sagen nichts darüber aus, ob ein Land verteidigungsfähig oder stark ist. Wichtig ist zum Beispiel, dass sich die europäischen Staaten eng abstimmen und gegenseitig stützen, dass wir auch die gemeinsame Beschaffung ausbauen, mehr Synergien schaffen und effizienter werden.

Christian Lindner wirft Ihnen vor, mit Ihren Bemerkungen Wahlkampf zu machen. Gerade im Osten, wo das Unbehagen über den Krieg besonders stark ist, kommen Ihre Aussagen gut an.

Der Vorwurf ist falsch, und das weiß Herr Lindner. Diplomatie, Friedens- und Konfliktforschung ist mein Lebensthema. Natürlich stelle ich mich immer – auch im Wahlkampf – dieser Diskussion. Wenn ich da auf Menschen treffe, die meine Gedanken falsch finden, dann setze ich mich damit auseinander, genauso wie ich mit denen rede, die mich unterstützen. Ich glaube übrigens nicht, dass es da eine Spaltung nur zwischen Ost und West gibt. Sondern auch zwischen den Generationen. Viele Ältere fürchten sich, während die Jungen eine Gefahr vor allem durch den Klimawandel wahrnehmen und sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen, dass Konflikte und Kriege in ihr Leben zurückkehren, die als überwunden galten.

Also kein Wahlkampfmanöver?

Ich führe diese Diskussion aus Überzeugung seit Jahren.

Sie bekommen vor allem auch Beifall von AfD und BSW.

Das muss ich ertragen und kann es nicht ändern. Aber ich muss mich davon frei machen, weil ich schon der Meinung bin, dass die deutsche Debatte bisher leider zu verengt verlaufen ist.

Passt der Begriff „Friedenskanzler“ überhaupt zu Scholz, der viel Geld für die Bundeswehr und die Ukraine ausgibt?

Ich bin froh, dass der Bundeskanzler seinem Amtseid nachkommt, sowohl zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln als auch für die internationale Sicherheit zu arbeiten. Und was das dann für eine Bezeichnung verdient, bleibt jedem selbst überlassen.

Geben Sie uns einmal einen Einblick in Ihre Bürgerpost. Wie viele Zuschriften gab es seither?

Da ist vieles erst jetzt eingetrudelt, manche Bürger schreiben sogar noch handschriftlich oder per Schreibmaschine. Mehr als 1400 waren es sicherlich. Ohne dass es mir gleich wieder falsch ausgelegt wird: Etwa 70 Prozent unterstützen meine Position, 30 Prozent sind kritisch. Das eine oder andre Wort gibt mir auch Kraft.

Die Debatte hat neue Gräben in der Ampelkoalition geöffnet. Sehen Sie noch einen Weg, um eine Trendwende zu schaffen?

Ich arbeite jeden Tag daran.

Text: Nicolas Richter, Georg Ismar; **Fotos:** Bartosz Ludwinski; **Redaktion:** Reymer Klüver;
Schlussredaktion: Florian Kaindl; **Digitales Storytelling:** Friedrich Bungert

© SZ - Rechte am Artikel können Sie [hier](#) erwerben.

Diese Geschichte teilen

[E-Mail](#) [Whatsapp](#) [Facebook](#) [Plattform X](#)

Süddeutsche Zeitung



SZ Plus-Abonnement:

[AGB](#) [Datenschutz](#) [Datenschutz-Einstellungen](#) [Abo kündigen](#)

Vertrag mit Werbung:

[Vertragsbedingungen](#) [Datenschutz](#) [Cookie Policy](#) [Vertrag mit Werbung kündigen](#)

[Widerruf nach Fernabsatzgesetz](#) [Widerspruch](#)

[Utiq verwalten](#)

[Kontakt und Impressum](#)